

Grundsatzklärung
des Vorsitzenden der Fraktion FDP/Bürgerliste, Lars Rettstadt,
zum TOP 2.1 „Weiterentwicklung DEW21“
in der Sitzung des Rates am 26.09.2013
(es gilt das gesprochene Wort)

Herr Oberbürgermeister, Frau Bürgermeisterin, Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Damen und Herren des Rates!

Wir haben schon einiges an Argumenten gehört, der Prozess ist ausreichend, hinreichend und auch richtig beschrieben.

Diese Entscheidung, die wir hier heute treffen, ist richtungsweisend für die Stadt. Richtungsweisend natürlich auch für die Bürgerinnen und Bürger aber auch sehr wichtig für viele Menschen, die in Lohn und Brot stehen bei RWE, DEW und DSW.

Was wir gerade gehört haben ist die Wahrheit jeweils aus Sicht der einzelnen Fraktionen. Man tut aber gut daran, wenn man sich die Gesamtlage anschaut. Und wenn man sich die Fakten ansieht, dann verstehe ich so manches von dem nicht, was dem Linken- und Grünen-Antrag vorschwebt. Es kostet uns mindestens vier- bis fünfhundert Millionen, wenn wir die DEW21 komplett rekommunalisieren wollen.

Jetzt ist die Frage: will man dies oder will man dies nicht? Klar, wenn Sie mich als Liberalen fragen oder die Fraktion FDP/Bürgerliste: ja – wir sind für eine Rekommunalisierung. Leider ist das jetzt aktuell der falsche Zeitpunkt. Wir haben dieses Geld jetzt nicht. Und auch die von Frau Reuter beschriebenen Szenarien stimmen so nicht.

Nur wenn wir jetzt z. B. die RWE-Aktien verkaufen würden, würde das maximal einen Erlös von rund 579 Mio. € erbringen. Dann fehlt uns aber die Dividende, mit der wir jedes Jahr den sehr verlustreichen öffentlichen Personennahverkehr finanzieren. Mit anderen Worten: das, was die Grünen fordern, ist letztendlich eine Ausdünnung und Abschaffung des Personennahverkehrs zugunsten von einem einmaligen Verkauf der RWE-Aktien.

Ich finde es ganz toll, Frau Reuter, dass sie – wie sie gerade gesagt haben - „die RWE-Aktien verkaufen möchten“. Hätten Sie das nur gemacht, als *wir* das gefordert haben, dann wäre die Stadt entschuldet; da standen die Aktien nämlich noch bei 100 € pro Aktie. Das geht jetzt aber nicht mehr. Und das, was Sie vorschlagen, ist eine finanzpolitische und ideologisch motivierte Geisterfahrt. Das ist kein Angebot an die Bürger, sondern das ist eine Vernichtung des Geldes der Bürger dieser Stadt.

Und ich sage Ihnen ganz klar. Solche Sachen trägt die Fraktion FDP/Bürgerliste nicht mit.

Wie dem auch sei, wir haben uns klar positioniert. Wir möchten den Status quo, so wie er jetzt ist, erhalten. Es macht Sinn. RWE hat als Partner nicht

reingeredet. Es war eine finanzpolitische oder finanzielle Entscheidung für RWE. Wir konnten bei DEW frei schalten und walten und das Einzige, was wir abgegeben haben, war ein Teil der Gewinne.

Dass diese Gewinnabgabe zur jetzigen Zeit nicht mehr passt, ist klar. Das muss neu verhandelt werden, aber der Status quo, so wie er jetzt ist, soll auf jeden Fall erhalten werden; weil wir einfach nicht die Möglichkeiten haben, daran etwas zu ändern. In diesem Zusammenhang auch zum Punkt des SPD-Antrages, in dem die Stadt einen Teil der Aktien noch erwerben soll. Auch dafür haben wir aktuell kein Geld.

Was uns noch wichtig ist, ist der direkte Einfluss des Rates als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Und wir haben in den letzten Wochen leider mitbekommen, dass das Aktienrecht und eine Aktiengesellschaft viele Möglichkeiten lassen, Entscheidungen des Rates nicht umzusetzen oder sie zu umgehen.

Und ich möchte, dass dieser Rat als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger direkten Einfluss auf die kommunalen Unternehmen hat und dies schließt auch Vorstandsvorsitzende ein, die meinen, sie müssten sich wie Könige benehmen und mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umspringen, so wie es sich nicht gehört.

Deswegen der Punkt 3 unseres Antrages zur Prüfung, ob wir diese Aktiengesellschaft, die wir haben, wieder umwandeln können in eine andere Rechtsform, so dass der direkte Einfluss des Rates gegeben ist.

Wie dem auch sei, unser Antrag liegt Ihnen vor. Ich habe mitbekommen, dass die Punkte 1 und 2 von SPD und CDU mitgetragen werden.

Wir werden einen Großteil Ihrer Anträge auch mittragen, mit Ausnahme des Passus bzgl. des Arbeitsdirektors und auch die Größe des Unternehmens, was die Vertreter im Aufsichtsrat betrifft werden wir nicht mittragen können. Wir werden das zu Protokoll geben aber ansonsten zustimmen.

Wie gesagt, wenn es nach uns ginge: gerne komplett rekommunalisieren; aber diese Möglichkeiten haben wir im Moment eben nicht. Und so werden wir die Lösung wählen, die zum aktuellen Zeitpunkt für die Stadt die beste ist.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.